

Eiskalte Streichung der Wohnbeihilfe durch die ÖVP und FPÖ ist Sparen auf Kosten der sozial Schwächsten!

Die im November erneut stark gestiegene Teuerung von insgesamt 3,6% im Jahresvergleich trifft insbesondere Menschen mit geringem Einkommen hart. Denn sie benötigen fast ihr gesamtes Einkommen zum Decken der täglichen Bedürfnisse. "Dazu kommen noch die eiskalten Einschnitte bei der Wohnbeihilfe ab 1.1.2012, die viele Betroffene vor kaum bewältigbare finanzielle Probleme stellen werden", stellt LAbg. Petra Müllner fest. Tanken, Energie und Nahrungsmittel sind die Hauptpreistreiber.

Mit den von ihnen beschlossenen Einschnitte bei der Wohnbeihilfe sind ÖVP und FPÖ voll verantwortlich für die unsozialen Folgewirkungen. "Wenn die Preise für Essen und Heizen davon galoppieren und gleichzeitig die wichtigste Sozialleistung für das Grundbedürfnis Wohnen beschnitten wird, trifft diese Belastung die Menschen doppelt und dreifach." Die Einschnitte bei der Wohnbeihilfe treten mit 1.1.2012 in Kraft –„Bis dahin haben ÖVP und FPÖ noch Zeit für eine Korrektur", so Müllner.

Die jetzt beschlossene Regierungsvorlage ist eine Initiative des FPÖ Wohnbaulandesrates Heimbuchner und macht deutlich dass die FPÖ ebenso wie die ÖVP beim Sparen ausschließlich ans Sparen bei den Sozialleistungen denkt. „Die Streichung der Wohnbeihilfe durch die FPÖ ist der Beweis für den unsozialen Charakter dieser Partei“, sagt Gemeinderat Johann Reindl-Schwaighofer. „Wenn die FPÖ vom Sparen redet ist das eine gefährliche Drohung für die sozial Bedürftigen in unserem Land.“

Besonders hohe Teuerungen verzeichnet Haushaltsenergie mit +26% bei Heizöl und +14% bei Gas. Schon heute leiden in Österreich 300.000 Menschen an Energiearmut und können ihre Wohnungen nicht mehr angemessen heizen. "Die hohe Teuerung und die harten Einschnitte bei der Wohnbeihilfe machen Grundbedürfnisse wie ein warmes Zuhause für immer mehr Menschen zum Luxus", argumentierten die zwei Sozialdemokraten Müllner und Reindl-Schwaighofer. Der Kostenanteil für Energie ist laut Statistik Austria im gering verdienenden Viertel der Haushalte drei Mal so hoch wie im höchstverdienenden Viertel.